

Fleischverkauf am Sonntag. Bürgermeister Reumann hat als Landeshauptmann eine Verordnung erlassen, wonach mit Rücksicht auf den Staatsfeiertag am Montag der Fleischverkauf Sonntag, den 30. ds. von 7 - 9 Uhr vormittags gestattet ist.

Kindermilchkarten. Von Dienstag, dem 2. Mai an fallen alle mit den Kindermilchkarten zusammenhängenden Amtshandlungen, die bisher von den Brotkommissionen besorgt wurden, in den Wirkungskreis der Konskriptionsamtsabteilungen der magistratischen Bezirksämter. Es haben sich daher die Parteien in allen die Kindermilchkarten betreffenden Angelegenheiten an diese Amtsstellen zu wenden.

Bauvorschüsse aus der Wohnbausteuer. Der Stadtsenat hat gestern auf Antrag der Kommission zur Verwendung der Wohnbausteuer beschlossen zur Fortführung der Arbeiten an 235 Siedlungshäusern einen Betrag von 220.7 Millionen Kronen zu bewilligen. Außerdem wurden der gemeinwirtschaftlichen Siedlungs- und Baustoffanstalt „Gesiba“ zum Ankauf von Baumaterialien für Siedlungsgenossenschaften 200 Millionen Kronen als Darlehen bewilligt. Die Baumaterialien werden durch das Siedlungsamt der Gemeinde Wien <sup>den</sup> in Betracht kommenden Siedlungsgenossenschaften überwiesen. Die Anträge wurden einstimmig angenommen.

In der Debatte wurde nachdrücklichst auf die Verteuerung der Baumaterialien vor allem aber des Zementes durch den geplanten Zolltarif verwiesen. So würde der gegenwärtig geltende Zoll für 100 kg Zement von 280 K auf 5250 K sich stellen. Für ein Siedlerhaus beträgt gegenwärtig der Zolltarif für die zur Fertigstellung notwendige Zementmenge 25.200 K nach dem geplanten Tarif würde er auf 472.500 K zu stehen kommen. Ähnlich liegen auch die Verhältnisse bei den Hochbauten. Während jetzt für den Bau einer Wohnung bestehend aus Zimmer und Küche ein Zoll für den dazu notwendigen Zement von 7.952 K eingehoben wird, wäre nach dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifes 149.000 K zu entrichten. Es gelangte sodann das vom Gemeinderat Beermann in der Sitzung der Kommission für die Verwendung der Wohnbausteuer beantragte und in dieser Kommission einstimmig angenommene Entschliessung, die sich gegen die geplante Erhöhung des Zolltarifes für Baumaterialien wendet, zur Beratung. Die Entschliessung lautet: Die Kommission zur Verwendung der Wohnbausteuer erhebt entschieden Protest gegen die geplante Erhöhung des Zolltarifes für Zement und Baustoffe. Die Verwirklichung der Absicht der Bundesregierung würde die Bautätigkeit in Wien auf das empfindlichste schädigen, wenn nicht vollends lähmen. Bei der Abstimmung wurde diese Entschliessung mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, während die Christlichsozialen sich der Abstimmung enthielten.